

RESOLUTION

Vorschlag zum Beschluss auf der Mitgliederversammlung
am 21. September 2017 in Essen, Deutschland



Klima-Bündnis

STÄDTE, GEMEINDEN UND REGIONEN ALS TREIBENDE KRAFT FÜR KLIMASCHUTZ UND NACHHALTIGKEIT – FÜR EIN GUTES LEBEN FÜR ALLE

Vorschlag eingereicht von der Gemeinde Hesperange, Luxemburg

HINTERGRUND

Da das Zusammenspiel von sozialer, umweltbezogener und wirtschaftlicher Entwicklung ein Schlüsselfaktor für die nachhaltige Entwicklung ist, begrüßt das Klima-Bündnis die Agenda 2030, die im September 2017 von den Vereinten Nationen verabschiedet wurde, und ihren holistischen Ansatz. Die enthaltenen 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung („Sustainable Development Goals“, SDGs) finden universell Anwendung und legen den Grundstein für eine weltweite nachhaltige Entwicklung.

Internationale Rahmenbedingungen wie die Agenda 2030, das Pariser Abkommen sowie die New Urban Agenda unterstreichen die Bedeutung stimmiger politischer Maßnahmen, während sie die wichtige Rolle hervorheben, die Städte, Gemeinden und Regionen im Klimaschutz zukommt. Während die SDGs global sind, lassen sich ungefähr zwei Drittel der Ziele nur dann umsetzen, wenn sie auf lokaler Ebene implementiert werden. Ungefähr 4900 lokale und regionale Regierungen sind in der dezentralisierten Entwicklungszusammenarbeit aktiv (Atlas of Decentralised Cooperation for Development). Die benötigten übergreifenden Bemühungen für die Implementierung globaler Ziele bedürfen ambitionierter Maßnahmen und umfassende Unterstützung auf allen Ebenen.

Die Mitgliedskommunen des Klima-Bündnis in Zusammenarbeit mit ihren indigenen Partnern stehen für einen holistischen Ansatz für Klimaschutz und verbinden seit der Gründung des Netzwerkes im Jahr 1990 konkrete lokale Lösungen mit globaler Verantwortung.

Im Jahr 2015 haben die Mitglieder des Klima-Bündnis eine Resolution zum Thema „Die Post-2015-Entwicklungsagenda – Von Visionen zu Maßnahmen und Lösungen“ verabschiedet und sich zu zusätzlichen ehrgeizigen Zielen für den globalen Klimaschutz verpflichtet. Auf der Grundlage unserer langjährigen

Vorschlag

RESOLUTION

Vorschlag zum Beschluss auf der Mitgliederversammlung
am 21. September 2017 in Essen, Deutschland



Klima-Bündnis

Erfahrungen, die wir – unter anderem – auf Delegationsreisen mit indigenen BeraterInnen gewonnen haben, bestärken wir diese Ziele und nennen unsere Empfehlungen und Forderungen für die Transformation unserer Welt zur Klimagerechtigkeit.

Der Klimawandel ist nicht nur ein ökologisches, sondern ebenfalls ein soziales und wirtschaftliches Problem, das seine Wurzeln in sozialer Ungleichheit und dem ungleichen Verbrauch von Ressourcen hat. Dies wird besonders deutlich, wenn es um die Rechte indigener Völker geht.

BESCHLUSSTEXT

Wir, die Mitgliedskommunen des Klima-Bündnis, versammelt auf der Mitgliederversammlung in Essen, Deutschland, am 21. September 2017:

Bestätigen erneut die Verpflichtung zur Reduktion unserer CO₂-Emissionen um 10 Prozent alle 5 Jahre, um ein Pro-Kopf-Emissionslevel von 2,5 Tonnen CO₂-Äquivalent durch Energieeinsparung, Energieeffizienz und den Einsatz erneuerbarer Energien anzustreben.

Bekräftigen die Bedeutung und die Notwendigkeit globaler Partnerschaften, um den Klimawandel zu bekämpfen und Klimagerechtigkeit voranzubringen.

Unterstreichen die Unterstützung unserer indigenen Partner im Amazonasbecken, vertreten von der COICA. Die Anerkennung ihrer Landrechte ist eine grundlegende Bedingung für die Sicherung ihres Rechts auf Selbstbestimmung, nur wenn sie über genügend adäquates Land verfügen, werden sie als Völker überleben können. Um die Regenwälder des Amazonasbeckens zu erhalten, müssen die Landtitel der indigenen Völker anerkannt werden.

Stehen hinter den Prinzipien des Klima-Bündnis zum Klimaschutz – fair, naturkonform, lokal, ressourcenschonend und vielfältig. (Siehe Dokument im Anhang zu den Klimaschutz-Prinzipien des Klima-Bündnis.)

Auf der Grundlage unserer Identität und unserer Prinzipien

Begrüßen und bestätigen wir das Pariser Abkommen und die Agenda 2030 mit den darin enthaltenen „Sustainable Development Goals (SDGs)“ als wichtige nationale Vereinbarungen auf dem Weg zur nachhaltigen Entwicklung. Der Bezug beider Vereinbarungen zur lokalen und regionalen Ebene und indigenen Völkern als Schlüsselakteure ist besonders bedeutend.

Vorschlag

RESOLUTION

Vorschlag zum Beschluss auf der Mitgliederversammlung
am 21. September 2017 in Essen, Deutschland



Klima-Bündnis

Vorschlag

Unterstreichen wir, dass „die Vertragsparteien beim Vorgehen gegen Klimaänderungen ihre jeweiligen Verpflichtungen im Hinblick auf die Menschenrechte, das Recht auf Gesundheit, die Rechte von indigenen Völkern [...] achten, fördern und berücksichtigen“, wie dies in der Präambel des Pariser Abkommens definiert wird.

Betonen wir die Notwendigkeit eines verstärkten Engagements in Partnerschaft und Zusammenarbeit, um die SDGs der Agenda 2030 zu erfüllen. „Diese inklusiven Partnerschaften, die auf Prinzipien und Werten, einer geteilten Vision und gemeinsamen Zielen basieren, bei denen die Menschen und der Planet im Mittelpunkt stehen, werden auf globaler, regionaler, nationaler und lokaler Ebene benötigt.“ (SDG 17)

Erkennen wir an, dass die SDGs lokalisiert und in lokale Entwicklungsstrategien kohärent integriert werden müssen.

Bestätigen wir erneut SDG 11, das urbane Ziel, worunter Städte inklusiv, sicher, resilient und nachhaltig werden sollen.

Betonen wir die Gefahren von Kompensationsmechanismen, da diese nachweislich nicht in der Lage sind, ihre Erwartungen zu erfüllen und potenziell den Druck auf Wälder und indigene Völker erhöhen.

Betonen wir die Notwendigkeit eines integrierten Ansatzes, um Klimagerechtigkeit zu erzielen.

Unterstreichen wir die Bedeutung von Partnerschaften mit indigenen Völkern, basierend auf Menschenrechten und den Prinzipien der Nachhaltigkeit, als Vorbild für globale Zusammenarbeit.

Um diese Ziele zu erreichen, tragen wir zur Nachhaltigkeit bei und

Fordern Transparenz und den Zugang zu Informationen, vor allem in Entscheidungsprozessen auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene, in Wertschöpfungsketten und Finanzströmen.

Betonen die Notwendigkeit, alle Akteure zusammenzubringen, wie im Pariser Abkommen gefordert, um „regionale und internationale Zusammenarbeit zu stärken und zu fördern, um stärkere und ambitioniertere Klimaschutzmaßnahmen aller Parteien und aller nicht-parteilichen Interessengemeinschaften zu mobilisieren, einschließlich der Zivilgesellschaft, der Privatwirtschaft, Finanzinstitutionen, Städten und anderen subnationalen Entitäten, lokalen Gemeinden und indigenen Völkern“.

RESOLUTION

Vorschlag zum Beschluss auf der Mitgliederversammlung
am 21. September 2017 in Essen, Deutschland



Klima-Bündnis

Erinnern an die Notwendigkeit ehrgeiziger Reduktionspläne und Anpassungsstrategien, die regelmäßige Kontrollen und Messdaten umfassen.

Betonen die Bedeutung nachhaltiger Lebensweisen sowie fairem und nachhaltigem Konsum.

Streben an politische Kohärenz auf allen politischen Ebenen und Entscheidungen zu verfolgen.

Wir empfehlen unseren Mitgliedern einen Beschluss einer eigenen Resolution als (Neu-)Verpflichtung zur Lokalisierung des Pariser Abkommens und der Agenda 2030 vorzubereiten und zu verabschieden.

Eine Resolutionsvorlage wird vom Klima-Bündnis erarbeitet und auf der Mitgliederversammlung in Essen 2017 präsentiert.

Vorschlag